

Ich bin auch ein großer Fan vom Experiment der Feldbaustellen. Vor einigen Monaten durfte ich bei der Fertigstellung einer kleinen Autobahnbrücke dabei sein. Da wurde neben der Straße in modularer Bauweise praktisch die ganze Brücke erstellt und dann an einem Tag 100 m weit an ihren Platz gefahren. Damit war man an einem Sonntag fertig. Das ist natürlich eine großartige Sache. Das könnte man auch unterstützen.

Das Hauptproblem, das ich sehe, ist, wie gesagt, dass wir die Ausweichverkehre so organisieren müssen, dass sie die zusätzlichen Verkehrsströme aufnehmen können, wenn wir an die großen Nadelöhre herangehen.

Es würde mich jedenfalls nicht wundern, wenn es auch im nächsten Jahr heißt, dass die Staudauer trotzdem noch mal zugenommen hat. Um es auf den Punkt zu bringen: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Das soll keine Entschuldigung bzw. kein Freibrief für die regierungstragenden Fraktionen sein. Wie gesagt, ich werde mir kritisch anschauen, ob sich der zusätzliche Aufwand – wie beispielsweise beim TIC – gelohnt hat. Ich bin jetzt erst mal optimistisch, weil das eine Sache ist, die man natürlich angehen muss. Aber wir sind alle scharf darauf, in den nächsten Jahren weniger im Stau zu stehen.

Liebe Verkehrspendler hier in Nordrhein-Westfalen, es wird jetzt noch mal ein Stück härter werden. Beißen Sie aber nicht zu oft ins Lenkrad, sonst müsste ich mir noch überlegen, ob ich meinen Job hier eventuell aufgeben und eine Firma aufmache, bei der man Lenkräder mit Erdbeer- oder Karamellgeschmack kaufen kann. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Tschüss!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2019 und seine digitale Entwicklung

Große Anfrage 13
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6777

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/8469 – Neudruck

Die Aussprache und die Debatte eröffnet Herr Kollege Vogt von der SPD-Fraktion.

Alexander Vogt^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat eine große Anfrage an die Landesregierung zur Situation des Zeitungsmarktes in NRW und seiner digitalen Entwicklung gerichtet. Das sind insgesamt 81 Fragen.

In diesem großen Dokument, das jetzt von der Landesregierung zurückkam, finden wir Antworten auf unsere Fragen zu Redaktionen, zu Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten, zur wirtschaftlichen Situation von Verlagen in unserem Land und auch zur lokalen Pressevielfalt.

Warum machen wir das? Wir machen das, weil gerade lokaler Journalismus wichtig ist, wichtig für unsere Demokratie, und die Aufgabe hat, Wirtschaft und Politik zu kontrollieren. Das mag dem einen oder anderen manchmal nicht passen, dass man kritische Fragen gestellt bekommt, dass Projekte oder Initiativen auch kritisiert werden. Aber es ist notwendig für unsere Demokratie.

Die Landesregierung hat jetzt rund sieben Monate gebraucht, um diese Fragen zu beantworten, eine ungewöhnlich lange Zeit. Was finden wir jetzt? – Wir finden viel Prosa. Wir finden eine ganz angemessene Zustandsbeschreibung. Wir finden aber ganz wenige Ideen, wie auf Probleme auf dem Zeitungsmarkt reagiert werden kann.

Sehen wir uns die einzelnen Antworten an, dann sehen wir alarmierende Zahlen, eine dramatische Entwicklung. Einige Beispiele:

Die Auflage der Lokalzeitungen ist in den letzten drei Jahren um 11 % gesunken. Bei einzelnen Zeitungen finden wir sogar einen Rückgang um 20 %. Wenn wir uns die Boulevardzeitungen in Nordrhein-Westfalen angucken, finden wir einen Rückgang um 30 %. Es gibt nur zwei kleine Lokalzeitungen in NRW, die ein Auflagenplus verzeichnen konnten. Die Auflagen aller anderen sind weiter gesunken.

Die Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten werden immer schwieriger, nicht nur die Bezahlung, sondern wir finden vermehrt freie Tätigkeiten und immer weniger festangestellte, vernünftig bezahlte Redakteure.

Wenn wir uns die Medienvielfalt angucken, finden wir in einer erschreckend großen Anzahl von Kreisen und kreisfreien Städten nur noch eine einzige Tageszeitung, nur noch eine einzige Tageszeitungsredaktion, die berichtet. Das bedeutet letztendlich weniger Kommunikation für Vereine, für Verbände. Es wird weniger über das Gemeindefest berichtet, über die örtlichen Sportergebnisse.

Aber wir haben auch ein Problem, nämlich ein demokratisches Problem. Lokaljournalismus hat eine Kontrollfunktion, und wenn diese nicht mehr wahrgenommen wird, dann stellt sich die Frage: Wer kontrolliert dann eigentlich noch das, was im Stadtrat entschieden wird? Wer kontrolliert eigentlich Bauprojekte in

unseren Kommunen? Wer kontrolliert und berichtet darüber, ob mit kommunalen Geldern, mit Steuergeldern vernünftig umgegangen wird und kein Schindluder getrieben wird? Das sind alles Aufgaben, die lokalen Journalismus extrem wichtig machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun ist es schön, dass sich die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Medienvielfalt bekennt.

Wenn wir uns aber ansehen, welche Maßnahmen daraus folgen, dann finden wir eine Mischung aus: Wir schmücken uns mit bundespolitischen Maßnahmen, mit denen wir gar nichts zu tun haben, beispielsweise mit der Unterstützung für Zeitungszusteller und beispielsweise mit dem geringeren Mehrwertsteuersatz auf Digitalprodukte. Oder wir verweisen auf Projekte, die auch irgendwie beim Bund liegen, beispielsweise die Anerkennung von journalistischen Tätigkeiten als gemeinnützig, die letztendlich aber alle 16 Länder betrifft.

Hier würde man sich wünschen, dass eine Landesregierung, wenn sie es wirklich ernst meint, über Mustersatzungen oder andere Initiativen vor Ort tätig wird.

Sehen wir uns an, was Sie bei der Finanzierung gemacht haben. Unsere Regierung hatte eine Stiftung auf den Weg gebracht, staatsfern organisiert, die lokaljournalistische Projekte unterstützen sollte. All diese Sachen wurden nach dem Regierungswechsel eingestampft. Das ist unser Hauptkritikpunkt.

In der Antwort auf diese Anfrage finden wir einen bemerkenswerten Satz, der ganz viel über diese Landesregierung aussagt. Auf Seite 237 sagt die Landesregierung nämlich:

„Wo Zeitungen als bisher wichtigste Quelle zur lokalen Information nicht mehr so intensiv genutzt werden, schließen Anzeigenblätter vielfach diese Lücke.“

Meine Damen und Herren, die Landesregierung findet, dass Anzeigenblätter die Lücke von zurückgehendem Qualitätsjournalismus auf lokaler Ebene ausgleichen können. Das sagt viel über diese Landesregierung aus.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. – Das passt ins Bild von dieser Landesregierung. Heute ist der Ministerpräsident und Medienminister entschuldigt. Bei den letzten 40 Ausschusssitzungen des Kultur- und Medienausschusses hat er 39 Mal gefehlt. Ein einziges Mal in zweieinhalb Jahren hat er teilgenommen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Alexander Vogt* (SPD): Herr Liminski ist heute zumindest als Medienstaatssekretär hier. Das ist aber kein Ersatz für die Tätigkeit eines Medienministers.

Wir erwarten nach dieser Anfrage, dass die Landesregierung endlich tätig wird. Ob nun mit einem Medienminister Armin Laschet oder ohne: Begeben Sie sich auf den Weg. Stärken Sie den Journalismus in diesem Land.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Alexander Vogt* (SPD): Dieser ist extrem wichtig, auch für unsere Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Stullich.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Studie der Landesregierung zur Situation des Zeitungsmarktes hier bei uns in Nordrhein-Westfalen ist für meine Begriffe exzellent. Sie beschreibt nicht nur die Entwicklung in der Zeitreihe, sondern sie eröffnet auch Perspektiven. Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich daher herzlich bei allen bedanken, die an der aufwendigen Recherche für diese umfangreiche Antwort mitgearbeitet haben.

(Beifall von der CDU)

Unsere Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft, und gerade dem Lokaljournalismus kommt eine zentrale Funktion in der Demokratie zu. Darauf weist die Landesregierung zu Recht schon in der Vorbemerkung hin.

Leider stehen aber vor allem die Lokalzeitungen unter erheblichem Druck. Auflagen und Werbeeinnahmen sinken. Die gesellschaftliche Akzeptanz lässt nach, vor allem bei der jungen Zielgruppe. Hauptgrund für die Krise und auch Treiber dieser Krise ist das veränderte Mediennutzungsverhalten vieler Menschen.

Natürlich suchen auch junge Leute solide Informationen, aber in neuen Formaten, zum Beispiel in prägnanten Kurzmeldungen oder auch in Podcasts. Vielen, vor allem jungen Leuten, fehlt das Alleinstellungsmerkmal, der Zusatznutzen, weshalb sie noch Zeitungen lesen sollen, wenn doch das Internet Informationen in modernen Formaten liefert und das meiste davon gratis. Leider wachsen auch noch zu viele Jugendliche in Elternhäusern auf, in denen das Zeitunglesen nicht mehr zur alltäglichen Gewohnheit gehört. Wie sollen sie also spüren, wie attraktiv eine tägliche Zeitung sein kann?

Meine Damen und Herren, für mich persönlich ist Zeitunglesen nicht nur reine Informationsbeschaffung, für mich ist Zeitunglesen Genuss, Emotion, Muße natürlich, auch ein haptisches Erlebnis, vor allem am Wochenende auch ein Ritual. Mein Leben wäre ärmer ohne verschwurbelte Buchbesprechungen im Feuilleton, ohne fünfspaltige Leserbriefe, in denen kraftvoll nach allen Seiten ausgeteilt wird, und auch ohne die Samstagsausgabe, in der meine Pressemitteilung wieder nicht abgedruckt wurde. Vor allem wäre aber mein Leben ärmer ohne kluge Leitartikel, ohne tiefgründige Analysen, ohne spannende Interviews, ohne Reportagen aus aller Welt und vor allem ohne umfassende Lokalberichterstattung, ohne gut recherchierte Geschichten über Menschen in meiner Region.

Ich brauche meine tägliche Dosis Lokalzeitung – zu Hause gerne gedruckt, unterwegs gerne online – und mache mir Gedanken darüber, wie die Zeitung von morgen aussehen kann, die Qualitätsjournalismus bietet, die man unbedingt lesen will, um mitreden zu können, die einen Mehrwert hat, der auch junge Leser begeistert.

Staatliche Zuschüsse für Redaktionen sind dafür sicher nicht die richtige Antwort. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen Journalismus erhalten, der redaktionell wie wirtschaftlich unabhängig ist.

Dass der Deutsche Bundestag im November beschlossen hat, künftig die Zustellung von Zeitungen zu fördern, halte ich für richtig, denn diese zweckgebundene Förderung gilt nur dem Vertrieb und eben nicht den journalistischen Inhalten.

Auch der reduzierte Mehrwertsteuersatz für elektronische Informationen gehört zu den wichtigen Rahmenbedingungen, mit denen wir den Verlagen helfen können, ebenso wie das verbesserte Leistungsschutzrecht im Internet.

Es ist eben nicht so, Kollege Vogt, dass nichts passiert, sondern es passiert etwas, und zwar an den richtigen Stellen, zum Beispiel auch durch Projekte im Rahmen der Ruhr-Konferenz. Auf alles, was die Bundespolitik macht, hat unser Ministerpräsident bewusst und positiv in Berlin Einfluss genommen. Ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das journalistische Profil, moderne Formate, Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Nutzwert und Crossmedialität sind nur einige Stichworte für Relevanz und Akzeptanz von Zeitungen. Und das Thema „Paid Content“ ist sicher noch nicht ausgeizt.

In Antwort 77 wird geschildert, wie die „Ibbenbürener Volkszeitung“ mit Themenabos im Netz Erfolg hat. Statt das gesamte Angebot zu abonnieren, können Leser für weniger Geld einzelne Themenwelten bu-

chen. Es kann also mit flexiblen Angeboten und guten Inhalten, die personalisiert werden können, gelingen, zahlungsbereite Leser im Netz zu finden. Allerdings ist es nicht Aufgabe der Politik, erfolgreiche Geschäftsmodelle für Medienunternehmen im digitalen Zeitalter zu entwickeln. Das ist Aufgabe der Verlage und der Redaktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gute Nachricht zum Schluss: Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen immer noch ein vielfältiges, hochprofessionelles und qualitätsvolles Zeitungsangebot, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern. Die Tageszeitung ist nach wie vor ein relevantes Informationsmedium bei leider sinkender Auflage im Printbereich, aber bei steigenden Zahlen digitaler Angebote.

In Antwort 76 schreibt die Landesregierung: Auf welchem Ausspielweg journalistische Inhalte die Nutzer erreichen, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist eine hohe journalistische Qualität, die die Nutzer befähigt, sich in den demokratischen Diskurs einzubringen.

Wir unterstützen die Verlage auf diesem Weg. Dafür setzen wir bestmögliche Rahmenbedingungen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Stullich. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Kollege Vogt, Sie haben recht. Es gibt zu viele Ein-Zeitungs-Städte. Da fehlt Vielfalt. Das hat jedoch die Politik – da schließe ich alle ein, nicht nur die Sozialdemokraten – lange nicht interessiert.

Anfang der 70er-Jahre – da ist beispielsweise unsere Heimatstadt ein negativer Vorreiter gewesen – gab es in Herne zunächst noch drei Zeitungen. 1980 hat schon die zweite geschlossen. Seitdem sind wir Ein-Zeitungs-Stadt. Danach hat sich die Entwicklung in vielen Städten wiederholt. Wir haben fast überall nur noch Ein-Zeitungs-Städte. Deswegen haben wir vielleicht auch heute das Problem, weil es jahrzehntelang eigentlich niemanden so richtig gestört hat.

Zu Beginn möchte ich mich bei den Autorinnen und Autoren der großen Antwort auf die Große Anfrage an die Landesregierung bedanken, denn sie gibt einen aktuellen Überblick über die Lage. Nach diesem Blumenstrauß zum Valentinstag wünscht man sich schon fast einen Schutzheiligen für die Medien in diesem Land. Der heilige Valentin ist es nicht, aber bei seinem Namensvetter Karl Valentin wird man fündig, der mit seinem vortrefflichen Sketch von der „gestrigen Zeitung“ und „was aus der vorgestrigen Zeitung morgen wäre“ sogar einen Teil der Antwort gibt.

Seit vielen Jahren sehen sich die Verlage, die Medienhäuser in Nordrhein-Westfalen in einer Krise. Sie finden nicht so richtig das Rezept dagegen. Aber damit stehen sie nicht alleine. Auch Deutschland steht in dieser Entwicklung nicht alleine.

Fast alle Medien zumindest der westlichen Welt stehen vor der gleichen Frage. Ihre Inhalte werden zwar gelesen, sie werden in den sozialen Medien sogar geteilt, die Reichweiten sind so groß wie nie, die Journalistinnen und Journalisten erreichen mit ihrer Arbeit ein Millionenpublikum, das jedoch – und das ist die eigentliche Tatsache – für die Arbeit der Journalisten nicht mehr zahlen will, als es für Spotify oder Netflix zahlt.

Vor fast 40 Jahren wurden in der alten Bundesrepublik mit ihren damals 60 Millionen Einwohnern jeden Tag 25 Millionen Zeitungen gedruckt. Heute sind es bei 80 Millionen Einwohnern noch gut 14 Millionen. Was da an Einnahmen aus Werbung und Verkauf weggebrochen ist, kann online natürlich nicht aufgefangen werden.

Jetzt kommt ein wenig versteckt die Forderung, der Staat müsse eingreifen. Ich bin als Liberaler – das ist, glaube ich, keine Überraschung – kein Freund von Subventionen. Im Medienbereich halte ich sie sogar für brandgefährlich, denn sie würden die Medien in eine Abhängigkeit bringen.

Es gibt eine Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Das sieht Pressesubventionen auch skeptisch. Vertriebssubventionen sollten wenn, dann nur kurzfristig gewährt werden, denn bei der Förderung von Redaktionen, mahnt das Ministerium an, könnten die Beispiele aus anderen Nachbarländern die Gefahr der Intransparenz belegen. Frankreich zeigt, dass auch eine umfassende Förderung den Niedergang der Zeitungen nicht aufhalten kann.

Die Studie des Bundessozialministeriums beschreibt auch, dass geringere Arbeitgeberbeiträge beispielsweise für journalistisches Personal – das ist auch ein Vorschlag –, Vertriebshilfen und Ähnliches die Entwicklung nicht aufhalten konnten.

Positiv sieht die Studie die Möglichkeit, Projekte zu fördern, die Leser, vor allem ältere, an digitale Produkte heranführen. Das ist vielleicht ein Weg, über den wir mit der LfM noch einmal nachdenken können. Bei Jüngeren könnten auch spannendere Formen noch fruchten.

Die Verlage haben natürlich auf ihre Art und Weise reagiert. Sie bieten attraktive Onlineangebote. Ein Digital-plus-Abo – so nennt man das ja – einer NRW-Zeitung kostet zwischen 4,99 Euro und 9,99 Euro, also genauso viel wie Socken auf dem Grabbeltisch beim Schlussverkauf. Das ist nicht nur günstig; das ist vor allem, verglichen mit den Preisen der gedruckten Zeitungen, extrem günstig.

Den Verlagen kann man also nicht vorwerfen, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht – genauso wenig, wie man es den Redakteurinnen und Redakteuren vorwerfen könnte, von denen viele natürlich längst multimedial arbeiten, die Liveticker erstellen und so aktuell sind wie noch nie.

Ich glaube nicht, dass es die Lösung zur Rettung der Vielfalt gibt. Ich bin mir aber sicher, dass die Landesregierung mit ihrem Einsatz für den gemeinnützigen Journalismus auf Basis einer Initiative der FDP-Fraktion 2014 hier im Haus eine gute Idee auf den Weg gebracht hat. Der gemeinnützige Journalismus kann die Situation für Qualitätsjournalismus verbessern.

Die Initiative im Bundesrat ist auf einem guten Weg. Hier jetzt eine Initiative nur für NRW zu fordern, ist zu kurz gesprungen und fördert die Rechtsunsicherheit, fürchte ich. Wenn es Ihnen zu langsam geht, liebe SPD, dann hätten Sie zwischen 2014 und 2017 eben mehr Gas geben müssen.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten. Vielleicht ist ein Modell, wie es einige Streamingdienste verfolgen, sinnvoll. Für einen Grundbetrag erhält man den Zugriff auf ein Basisangebot wie bundesweite und internationale Meldungen sowie Kommentare; weitere Dienste wie Lokalausgaben und Sportdienste können dann günstig zusätzlich abonniert werden.

Den Königsweg gibt es nicht. Diese Landesregierung ist meines Erachtens aber gerade auf einem guten Pfad, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Einige Punkte hat meine Vorrednerin schon genannt. Die Ministerin wird sicherlich gleich auch noch darauf eingehen. Daher muss ich meine Redezeit nicht zu sehr überziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nückel, natürlich kann man die Dinge so miteinander vergleichen, wie Sie es gerade getan haben.

Ich finde aber die Entscheidung sinnvoll, die Frankreich schon vor Jahrzehnten gefällt hat. Den Vertrieb zu stützen und Zeitungen im ganzen Land dadurch zu stärken, dass man sie überall kaufen kann, ist doch kein schlechtes Prinzip. Es ist auch nicht die Form von Subvention, die Sie meinen, wenn Sie davon sprechen, wir wollten jetzt die Verlegerinnen und Verleger subventionieren. Das haben sie doch bis heute nicht nötig. Dafür zu sorgen, dass man in Westfrankreich lesen kann, was im Elsass wichtig ist, und umgekehrt, ist aber interessant – vor allen Dingen deswegen, weil die Leute sehr viel unterwegs

sind. Es gibt durchaus Menschen, die mal da und mal dort leben oder Verwandte an anderen Orten haben. Insofern macht es Sinn, Zeitungen überall vorzuhalten. Das sehe ich als gute Idee an.

Deshalb finde ich auch die Initiative richtig, die in Berlin dazu gestartet wurde. In diesem Rahmen sind jetzt etwa 40 Millionen Euro vorgesehen. Das reicht natürlich nicht, um Vertrieb zu organisieren. Da könnte man mehr machen. Es ist aber eine Form medialer Vielfaltsunterstützung, die ich jedenfalls politisch für sehr sinnvoll erachte.

Was die Große Anfrage angeht, möchte ich zunächst all denjenigen meinen Dank aussprechen, die die Antworten erarbeitet und geschrieben haben. Das waren ja nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medienabteilung der Staatskanzlei, sondern auch, wie ich – hoffentlich richtig – im Hinterkopf habe, eine entsprechende Agentur, dieses Mal interessanterweise nicht aus Nordrhein-Westfalen. Das ist insofern interessant, weil sie sich einen Blick von außen gegönnt haben. Diesen Blick kann man auch mit sehr großem Interesse nachlesen und entsprechend konsumieren.

In der Studie wird das zum Ausdruck gebracht, was wir alle kennen: Die Entwicklung geht nach unten, was die mediale Vielfalt betrifft. Es gibt leider auch ein großes Zeitungssterben. Insbesondere kommt es zu einer Monopolisierung im Sinne der sogenannten Ein-Zeitungs-Kreise, was natürlich für uns alle bedauerlich ist, weil aus der Meinungsvielfalt genau das entsteht, was die Menschen am Ende interessant finden können.

Woran liegt das? – Aus unserer Sicht liegt es vor allem daran, dass die Verlegerinnen und Verleger sich mehr und mehr – eigentlich fälschlicherweise – aus dem Lokalen zurückziehen. Da liegt aus meiner Sicht aber die entscheidende Stärke. Das Entscheidende wäre, dass die Zeitungen vor Ort Relevanz dadurch erhalten, dass sie über das, was vor Ort geschieht, gründlich berichten, Hintergründe recherchieren, politische Zusammenhänge schildern und darstellen, wie Entscheidungen zustande kommen. Das findet leider nur noch vereinzelt oder nicht mehr so stark statt, wie wir es aus früheren Zeiten kennen.

Durch das Einbrechen dieser lokalen Relevanz bricht auch das Interesse an der Zeitung ein. Entsprechend wird sie weniger gekauft oder auch weniger online gelesen – wobei festzustellen ist, dass Online ohnehin noch kein Geschäftsmodell ist; denn noch verdienen die Zeitungen an Print und nicht an Online.

Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt. Es gibt einige, die das eine Zeit lang richtig gemacht haben. Darunter war zum Beispiel die „Rheinische Post“, die über Jahre sehr stark in das Lokale investiert hat. Das tut sie aber inzwischen auch nicht mehr so wie früher, sondern fasst auch stärker zusammen.

Und was beobachtet sie? Auch im Lokalen brechen ihr die Leser nach und nach weg.

Nehmen wir ein Gegenbeispiel, und zwar das „Kevelaer Blatt“. Wer es kennt, weiß, dass es nur eine relativ kleine Auflage im lokalen Bereich hat. Kevelaer hat acht Ortsteile. In jedem Ortsteil gibt es diese Zeitung, die wöchentlich erscheint, zu kaufen. Das ist ein Erfolgsmodell. Der Verleger verdient Geld damit. Der Verleger hat eine große Kundschaft. Es gibt Interesse. Es gibt Resonanz. Die Leute wissen, was vor Ort bei Ihnen passiert. Das „Kevelaer Blatt“ kann man an jeder Tankstelle und an jedem Kiosk kaufen. Die Auflage ist natürlich nicht groß. Für Kevelaer ist sie aber schon riesig. Die „Rheinische Post“ ist dort nur die Nummer zwei – das muss man sich vorstellen –, was ja sonst am Niederrhein und im Rheinland eher selten ist; aber da ist es so.

Das „Kevelaer Blatt“ – ich war auf der 140-Jahr-Feier; so lange gibt es dieses Blatt schon – ist ein Beispiel dafür, dass lokale Relevanz auch Akzeptanz bis ins Portemonnaie bedeutet.

Von diesem Beispiel könnten sich die anderen Verlage eine Menge abgucken. Es wäre gut, wenn sie ihre entsprechenden Geschäftsmodelle noch einmal überprüfen würden. Denn wir brauchen natürlich eine Meinungsvielfalt im Print- wie im Onlinebereich, und wir brauchen sie vor allem mit dem lokalen Bezug.

Ich muss hier auch der SPD-Fraktion danken, weil sie meines Wissens diese Große Anfrage nun zum sechsten Mal gestellt hat. Wir haben das auch einmal gemeinsam initiiert, als wir hier gemeinsam zuständig waren. Das ist eine wichtige Kontinuität, weil in dieser sechsten Großen Anfrage zum Zeitungsmarkt NRW auf diese vielen verschiedenen Probleme hingewiesen wird.

Dass die richtige Antwort wäre, Journalistinnen und Journalisten stärker zu fördern, sehe ich eher nicht; da bin ich unsicher. Das Stiftungsmodell, mit dem man lokale journalistische Kompetenz fördert, fand ich aber gut. Ich würde mir auch wünschen, dass wir ähnliche Modelle für die Zukunft weiter diskutieren.

Einen Punkt will ich noch deutlich herausstellen. Meines Erachtens müssen wir uns klar darüber sein, dass wir diese gesamte mediale Vielfalt nur erhalten, wenn wir den ganz Kleinen unter uns frühzeitig beibringen, dass es gilt, mediale Kompetenz zu erringen. Deswegen habe ich im November 2019 einmal davon gesprochen, dass wir eigentlich auch ein Fach Medienkunde in der Schule einführen sollten, damit schon ganz früh begriffen wird, was es heißt, sich mit medialen Themen auseinanderzusetzen: Was ist eine Zeitung? Was ist das Radio? Was bietet das Internet? – Bei diesen Dingen müsste man eigentlich sehr früh anfangen, weil der alte Spruch „Was Hänschen nicht lernt, lernt Maria nie“ meiner Ansicht nach wie vor gültig ist.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich sehr dafür, dass wir in den Schulen anfangen, Medienkompetenz zu vermitteln, damit später Zeitungen sowohl in gedruckter Form gekauft als auch ganz viel online konsumiert und womöglich sogar bezahlt werden. Darauf kommt es am Ende an. Sonst können Journalistinnen und Journalisten von dem, was sie tun, ja nicht leben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Oliver Keymis (GRÜNE): Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Partei A, der eines der größten Zeitungshäuser und damit eines der größten Redaktionsnetzwerke des Landes gehört, fragt Partei B, deren Regierung der Haupteigner eines anderen großen Verlagshauses angehört, nach der Situation des Zeitungsmarktes im Lande. Was wie ein Stück von Orwell klingt, ist im Grunde das Wesen der vorliegenden Großen Anfrage der SPD, die mit der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft ein Gutteil des Zeitungsmarktes in Deutschland beherrscht.

Die Landesregierung hat, was offensichtlich nicht selbstverständlich ist, gewissenhaft und umfassend geantwortet. Aber insgesamt ist sie natürlich auch nicht ganz frei von Eigeninteressen in dieser Sache. Schließlich gehört Minister Holthoff-Pförtner – neben anderen – die Funke Mediengruppe, die den Medienmarkt im Ruhrgebiet beherrscht.

Der amerikanische Gründervater Benjamin Franklin muss an so etwas gedacht haben, als er sagte, dass es wohl Demokratie sei, wenn zwei Wölfe und ein Schaf über das Abendessen abstimmen. Besser kann man eigentlich nicht beschreiben, wie CDU und SPD hier Medienpolitik machen. Die kleinen Wölfe von Grünen und FDP nicken brav dazu, damit ab und zu auch mal ein Happen vom Tisch der Großen für sie abfällt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Abgelesene Witze sind nicht lustig!)

Nun bin ich ja als AfD-Vertreter in der nicht immer schönen Position, gar keinen seriösen Journalismus aus Deutschland mehr erwarten zu dürfen. Deshalb kann ich hier auch ein paar Dinge aussprechen,

(Zuruf)

die Sie zwar wissen, aber in der Hoffnung auf freundliche Berichterstattung oder vielleicht auch aus ganz eigenen monetären Interessen lieber verschweigen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ihre Motive sind klar!)

Ja, es ist richtig, dass nahezu alle Zeitungen in Deutschland mit sinkender Auflage zu kämpfen haben. Ja, es ist richtig, dass die Leserschaft immer älter wird und langsam ausstirbt. Ja, es ist auch richtig, dass qualitativ hochwertiger und vielfältiger Journalismus für eine Demokratie essenziell ist.

Sie glauben aber bzw. wollen glauben, dass an den Missständen, am Zeitungs- und Redaktionssterben in Deutschland, das böse Internet oder gar die bösen sozialen Medien schuld sind.

Das hält aber einem kritischen Blick auf die Realität nicht stand. Es gibt eine ganze Reihe von Publikationen, denen es gelingt, ihre Verbreitung auch und gerade über das Internet zu steigern. Viele davon sind auch unternehmerisch sehr erfolgreich. Neben einer Reihe journalistischer Start-ups gelingt es dabei auch alten Namen wie zum Beispiel dem „Handelsblatt“, am Markt zu bestehen. Letzteres kann seine Auflage seit 2013 kontinuierlich steigern. Auch bei den Lokalzeitungen – das können wir in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen – gibt es Erfolgsgeschichten.

Vielleicht liegt die Misere der anderen ja auch einfach an der journalistischen Monokultur, die dem Leser dort geboten wird. Vielleicht wollen die Bürger auch einfach nicht mehr die immer gleiche politisch korrekte Brühе serviert bekommen. Wie sonst ist es zu erklären, dass die „Neue Zürcher Zeitung“, die „NZZ“ – manche nennen sie ja schon „das neue Westfernsehen“ –, in Deutschland einen Auflagenrekord nach dem anderen einfährt?

Aber das alles sind bei Ihnen vermutlich Gedankenverbrechen. Sie stützen lieber eine veraltete und auch verkommene Medienlandschaft mit beherzten Griffen in die Taschen der Steuerzahler. Im November 2019 durften wir erfahren, dass Sie mit 40 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt die Zeitungsverleger, also zum Teil sich selbst, subventionieren wollen.

In der vergangenen Woche lasen wir im „FOCUS“, dass die Bundesregierung beabsichtigt, auf die Rundfunkgebühr nun noch eine Art Zeitungs-GEZ aufzuschlagen, um Ihre Verlegerfreunde weiter zu füttern. Das wäre schon deshalb ein Verfassungsbruch, weil das eindeutig eine Länderangelegenheit ist.

Wir hätten das gerne im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutiert. Aber das Landtagspräsidium fand – sicher aus guten Gründen –, dass wir das nicht tun sollten.

Wir konnten auch lesen, dass ein vermeintlich unabhängiges Expertengremium die Mittel dann an die richtigen Verleger verteilen soll. Das wiederum erinnert doch sehr an einen Rundfunkrat, in dem wieder Ihre Freunde das Sagen haben werden.

Meine Damen und Herren, viel mehr ist zu dieser Anfrage eigentlich auch nicht zu sagen. Ihnen geht es nicht um Vielfalt und Qualitätsjournalismus, sondern um Kontrolle und Gefälligkeitsjournalismus. Deshalb sind diese Anfrage und die Antwort darauf auch nicht viel mehr als Staatstheater. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach in Vertretung für den Ministerpräsidenten.

Ina Scharrenbach*), Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für unsere Demokratie sind vielfältige und unabhängige Medienangebote und professioneller Journalismus unerlässlich.

Die Umbrüche auf dem Medienmarkt durch die Digitalisierung stellen die Verlage seit einigen Jahren vor besondere Herausforderungen. Auf dem Printmarkt brechen die Erlösquellen weg, und der digitale Wandel zwingt die Medienhäuser, neue Wege der Finanzierung ihrer Inhalte zu finden.

Die vorliegende Antwort auf die Große Anfrage belegt daher einmal mehr, wie weit fortgeschritten der Wandel weg von den gedruckten Verlagsprodukten hin zu den Angeboten im Netz bereits ist.

Große Anfragen zum hiesigen Zeitungsmarkt gehören in Nordrhein-Westfalen inzwischen schon zu einer guten Tradition – und auch, dass die Landesregierung mit ihren Antworten einen umfassenden und detailreichen Lagebericht zur Situation unserer Zeitungshäuser liefert. Auch die vorliegende Antwort enthält eine Vielzahl von aktualisierten Daten und Fakten, zum Teil um neue Themen ergänzt und neu bewertet.

Darüber hinaus hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit genutzt, auch die in die Zukunft weisenden Maßnahmen und Impulse zu skizzieren, mit denen für die Zeitungsbranche bestmögliche Rahmenbedingungen gesichert werden sollen. Die Ergebnisse der umfangreichen Recherche sind unter anderem:

Nach wie vor haben wir in Nordrhein-Westfalen eine vielfältige Zeitungslandschaft – gerade auch im internationalen Vergleich. Qualitativ hochwertiger Lokaljournalismus steht allerdings unter ökonomischem

Druck. Landesweit zeigen sich bei allen Zeitungstypen in den letzten drei Jahren erhebliche Auflagenverluste. Die regionalen und überregionalen Abonnementzeitungen haben jeweils rund 11 % ihrer Auflage verloren. Bei den Boulevardzeitungen zeigen sich noch deutlich stärkere Verluste. Sie haben in den letzten drei Jahren knapp ein Drittel ihrer Auflage eingebüßt.

Die Einnahmeverluste aus der sinkenden Auflage der gedruckten Zeitungen lassen sich bislang nur begrenzt mit Erlösen aus digitalen Angeboten ausgleichen.

Die Antwort belegt auch die Bedeutung der Zeitungsbranche für die Lokalberichterstattung. Sie wird von keinem anderen Medium so ausdifferenziert angeboten. Trotz des weiter steigenden wirtschaftlichen Drucks wurde das redaktionelle Angebot nicht spürbar reduziert; die Berichterstattung im Lokalteil der Tageszeitungen ist seit 2016 sogar leicht angestiegen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt daher konsequent politische Weichenstellungen wie zum Beispiel die EU-Urheberrechtsreform mit der Einführung eines europäischen Leistungsschutzrechts und die Ausweitung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von Print auf digitale Zeitungsprodukte.

Darüber hinaus hat die Landesregierung zum 1. Januar 2019 die Stiftung „Vor Ort NRW“ in die Landesanstalt für Medien reintegriert – wie im Koalitionsvertrag angekündigt –, um die Landesanstalt für Medien bei der staatsfernen Journalismusförderung zu stärken.

Auch gemeinnütziger Journalismus – das haben wir heute schon gehört – kann Beiträge zur Stärkung der Medienvielfalt leisten. Die Landesregierung hat deshalb im Bundesrat eine Initiative zur Änderung der Abgabenordnung eingebracht, die dafür bessere rechtliche Rahmenbedingungen schaffen soll.

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz stoßen wir in diesem Jahr zudem fünf regionale Medienprojekte an, die Blaupausen für innovative Ansätze auch andersorts werden können. Im aktuellen Haushaltsjahr 2020 stehen dafür Mittel in Höhe von rund 1 Million Euro bereit.

Nicht zuletzt begrüßt es die Landesregierung, dass der Bundestag Mittel für die Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern bereitstellt. Das kann dazu beitragen, dass die Zeitungsverlage in den nächsten Jahren zusätzlich Luft für einen Übergang in die digitalen Geschäftsmodelle erhalten.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zeigt: Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige Medien- und Zeitungslandschaft. Der Druck ist aber immens. Daher müssen Medienbranche und Politik

gemeinsam an bestmöglichen Rahmenbedingungen für unabhängigen und vielfältigen Journalismus arbeiten.

Dazu gehört eine medienfreundliche Rechtsetzung über das engere Medienrecht hinaus. Dazu gehören konkrete staatsferne Hilfen wie jene des Journalismus Lab der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Dazu gehören neue Initiativen etwa im Rahmen der Ruhr-Konferenz, die Raum für die Erprobung neuer journalistischer Ideen schaffen.

Herr Abgeordneter Vogt, Sie haben auf die Ausführungen der Landesregierung zu den Anzeigenblättern abgehoben. – Die Antwort der Landesregierung legt dar, dass Anzeigenblätter nicht die gleiche Redaktionsstärke wie andere Angebote haben – nur um das noch einmal sehr deutlich klarzustellen. – Insofern danken wir Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2 angelangt.

Ich schließe die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 13** der Fraktion der SPD beantwortet und, was den parlamentarischen Bereich angeht, damit für heute auch **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

3 Nichtstun ist keine Option: Landesregierung muss aus ihrem Winterschlaf erwachen und endlich ein Altschulden-Konzept vorlegen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8575

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Mostofizadeh hat für die antragstellende Fraktion das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh*) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Selten traf der Titel eines Antrags mehr zu als der vorliegende auf diesen Sachverhalt.

(Widerspruch von der FDP)

Man könnte ja fragen: Warum beantragen die Grünen zum dritten Mal das Thema „Altschulden“ in diesem Landtag? Ich kann Ihnen sagen, warum: Der Ministerpräsident dieses Landes hat dies als die zentrale Aufgabe für das Ruhrgebiet bezeichnet und gesagt: Die Lösung der Altschuldenfrage muss vor allem stehen. Wir müssen sie schnell angehen. Nordrhein-Westfalen, das Ruhrgebiet und viele andere

Städte, die damit zu tun haben, müssen einen Neustart in der Schuldenfrage bekommen.

Was haben wir heute? – Nichts. Wir haben das Signal aus Berlin, dass Bundesfinanzminister Scholz – der jetzt offensichtlich auch noch andere Probleme zu lösen hat – sagt: Ich habe mir mein Konzept angesehen und festgestellt, dass ich dafür das Grundgesetz ändern muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch fast schon eine Verhöhnung derjenigen, die sich sachlich um diese Frage kümmern.

Deswegen muss diese Landesregierung endlich ein Konzept auf den Tisch legen, das es wert ist, diskutiert zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, ich weiß, dass wir in der Analyse eigentlich übereinstimmen. Sie werden gleich vortragen, dass Sie sich bemüht haben, Veranstaltungen durchgeführt haben usw. Deshalb macht es mich umso betroffener.

Wir hatten eine beeindruckende Veranstaltung, bei der die Kommunalos, also diejenigen, die betroffen sind, die überschuldet sind – wie Oberhausen oder eine Stadt wie Dortmund, die nicht einmal im Stärkungspakt ist, aber trotzdem 1,5 Milliarden Euro Schulden hat, oder meine Heimatstadt mit 2 Milliarden Euro Schulden –, klar gesagt haben: Natürlich packen wir mit an. An uns wird es nicht scheitern. Wir werden auch deutlich mehr tun, als wir es eigentlich für fachlich richtig halten, um Abhilfe zu schaffen.

Warum das alles? Wir reden ja nicht nur über die nackten Zahlen, sondern auch über einen weiteren Punkt. Denn alle Statistiker und Experten sagen uns: Euch laufen die guten Leute weg, wenn ihr keine Perspektive bietet.

Ich will das am Beispiel meiner Heimatstadt schildern. Die Stadt Essen hat 2 Milliarden Euro an Kassenkrediten. Wollte man sie in 30 Jahren auflösen – was eigentlich weit hinter dem liegt, was die Gemeindeordnung fordert –, müsste man 70 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich konsolidieren. Zum Vergleich: Der Sportetat der Stadt Essen – mit dem wir durchaus im Mittel der Großstädte und auch aller anderen Städte pro Kopf liegen – beträgt rund 20 Millionen Euro.

(Henning Höne [FDP]: Mit oder ohne Stadion?)

– Qualifizierter Zwischenruf. – Wir bräuchten also dreieinhalbmal den Sportetat für alle Sporthallen, für alle Sportplätze, für alle Förderprogramme.

Um auf den qualifizierten Zwischenruf von Herrn Höne zurückzukommen: Über das Fußballstadion in Essen kann man ja diskutieren. Das alte war abgänglich. Es gab zwei Optionen: Abriss und kein Stadion